

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 12 / 64. Jahrgang, Montag, 22. April 2013

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55286 Wörstadt

CD mit Steuer-Daten soll 500 Millionen Euro bringen

Minister Kühl: „Konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen“

Finanzminister Carsten Kühl hat bestätigt, dass das Land Rheinland-Pfalz eine sogenannte „Steuerdaten-CD“ angekauft hat. Bisher hatte das Finanzministerium entsprechende Meldungen weder bestätigt noch dementiert, aus ermittlungstechnischen Gründen, wie Kühl mitteilte.



Finanzminister Carsten Kühl

Nach Angaben aus dem Finanzministerium handelt es sich um zirka 40 000 Datensätze, die nach intensiven Vorermittlungen zum Preis von vier Millionen Euro von den rheinland-pfälzischen Behörden erworben wurden. „Sie sind authentisch und von einer ausgezeichneten Qualität“, sagte der Minister. „Wir erwarten aus den vorliegenden Informationen ein steuerliches Aufkommen in Höhe von rund 500 Millionen Euro bundesweit. Diese Summe ist auch ein Beleg für die hohe kriminelle Energie, mit der hier Kapitalerträge hinterzogen wurden“ betonte Kühl.

„Steuergerechtigkeit ist in einem modernen Rechts- und Sozialstaat unverzichtbar. Deswegen müssen wir konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen. Bei ihren Ermittlungen müssen die Behörden jeden Weg gehen, der nach sorgfältiger Abwägung rechtsstaatlich gangbar ist. Dazu gehört auch der Ankauf von Steuer-CDs. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.“ Kühl bestätigte, dass seit dem 16. April zahlreiche Durchsuchungen bundesweit stattfinden, die durch eine von Rheinland-Pfalz angekaufte Steuer-CD angestoßen wurden.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer startete in Landau den Vorverkauf für die Dauerkarten zur Landesgartenschau 2014. Mit ihr sicherten sich Landrätin Theresia Riedmaier (2.v.r.) und Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer (2.v.l.) die ersten der begehrten Karten. Erfreut über die prominente Unterstützung zeigten sich Landesgartenschau-Geschäftsführer Matthias Schmauder und Prokuristin Karin Bommersheim.

Landau wird zu einem Leuchtturmprojekt

Ministerpräsidentin Dreyer startete Dauerkartenvorverkauf für Landesgartenschau 2014

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in Landau die erste Dauerkarte für die Landesgartenschau erworben und damit genau ein Jahr vor der Eröffnung den Vorverkauf gestartet. „Ich bin sicher, die Landesgartenschau in Landau wird sich zu einem Leuchtturmprojekt in und für die ganze Region entfalten“, sagte die Ministerpräsidentin mit Vorfreude auf das kommende Jahr.

Landesgartenschauen seien immer auch struktur- und wirtschaftspolitische Entwicklungsmaßnahmen. Mit dem Instrument Landesgartenschau sei es schon andernorts erfolgreich gelungen, unwirtschaftliche Flächen „zum Blühen“ zu bringen, so Ministerprä-

sentin Dreyer, die an Kaiserslautern, Trier und Bingen sowie an die Bundesgartenschau in Koblenz erinnerte. „Gartenschauen sind hervorragende Werbeträger, sie steigern den Wohnwert und die Lebensqualität für die Menschen, sie geben Impulse für Mittelstand und Handel und nicht zuletzt stärken sie das Selbstwertgefühl einer ganzen Region. Und genau das wollen wir auch erreichen.“

Eine besondere Herausforderung, aber auch ein besonderer Gewinn der Landesgartenschau in Landau sei es, dass die einstige „Estienne-Foch Kaserne“ unter Förderung des Landes zivil umgestaltet werde und so ein neuer

Stadtteil mit einer hohen Lebensqualität entstehe. Malu Dreyer: „Es werden neue attraktive Wohnquartiere und Grünflächen entstehen, Freizeitangebote geschaffen und die gesamte Infrastruktur aufgewertet. Die Landesgartenschau 2014 wird aus einer Konversionsliegenschaft eine neue bunte Vielfalt erschaffen. Davon bin ich überzeugt.“

Die Ministerpräsidentin dankte allen Verantwortlichen, den haupt- und ehrenamtlichen Helfern sowie den Planern und Handwerkern. „Sie haben es in der Hand, die Stadt Landau und mit ihr die ganze Region 2014 zum Blühen zu bringen“, sagte Dreyer abschließend.

Demografiepolitik hat hohen Stellenwert

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat jetzt erstmals das Demografie-Kabinetts einberufen

Den besonderen Stellenwert der Demografiepolitik in Rheinland-Pfalz unterstreicht Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit der Einberufung eines Demografie-Kabinetts. Jetzt kam das Kabinetts, dem alle Ministerinnen und Minister der Landesregierung angehören, in Mainz zu seiner ersten Sitzung zusammen. „Der demografische Wandel ist eines der zentralen Themen unserer Zeit. Die Landesregierung entwickelt Strategien, um die Gesellschaft auf die demografischen Veränderungen vorzubereiten. Dabei wollen wir auch die Chancen nutzen, die in diesen Veränderungen stecken, und sie aktiv gestalten“, sagte die Ministerpräsidentin. „Mir ist es wichtig, dass sich die gesamte Landesregierung diesem Themenfeld widmet, weil nahezu alle Lebensbereiche davon betroffen sind.“

Das Demografie-Kabinetts befasste sich in seiner ersten Sitzung mit den Ergebnissen einer Umfrage zum demografischen Wandel und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Die Studie wurde im Auftrag des Demografieministeriums von der polis+sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH erstellt. Außerdem wurde der Zwischenbericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Kenntnis genommen, der Strategien zur Bewältigung der demografischen Veränderungen vorschlägt. Im Besonderen befasste sich das Kabinetts mit den Aspekten der Bedeutung von Einwanderung und Integration für die Gestaltung des demografischen Wandels und wie die benötigten

Fachkräfte durch gezielte Zuwanderung gewonnen werden können.

„Qualifizierte Zuwanderung ist zunehmend ein Thema in der Fachkräftesicherung, insbesondere in Bereichen und Berufen, die jetzt schon einen hohen Fachkräfteengpass aufweisen. Auch wenn wir alle inländischen Potenziale ausschöpfen, das heißt die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen, die berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen verbessern, das Potenzial der Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits hier leben, besser nutzen, werden wir verstärkt um Fachkräfte aus anderen EU-Mitgliedstaaten und auch aus Drittstaaten werben und diese gewinnen müssen. Hier stehen wir im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und anderen europäischen Ländern. Doch ist der Fachkräftemangel nicht unendlich, deshalb müssen wir jetzt aktiv werden“, betonte Arbeitsminister Alexander Schweitzer.

Darüber hinaus initiiert die Landesregierung ein Modellprojekt „Starkes Land – starke Kommunen“, um die Lebensqualität und die Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu erhalten. Ziel des Vorhabens sei es, in fünf Modellregionen des Landes im Zeitraum von 2013 bis 2016 Wege zu einer intensiven und dauerhaften interkommunalen Zusammenarbeit und einer effizienten und abgestimmten regionalen Infrastrukturförderung musterhaft für alle Regionen im Land zu erkunden.

Innenminister Roger Lewentz erläuterte: „Wir werden die Förderstruktu-

ren unter dem Aspekt des demografischen Wandels bündeln und die bisherigen Investitionsförderungen so weiterentwickeln, dass eine integrierte Förderarchitektur entsteht, die den Erhalt des Bestehenden und Bewährten von Anfang an miteinbezieht. Das Modellprojekt „Starke Kommunen – starkes Land“, das im Innenministerium entwickelt worden ist, soll dabei neue Wege aufzeigen, wie die zielgerichtete Zusammenarbeit von Kommunen die Daseinsvorsorge sichern kann.“ Lewentz kündigte an, dass das Innenministerium im dritten Quartal dieses Jahres in einem Wettbewerbsverfahren, das sich an Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden richtet, die fünf Modellregionen für das Projekt „Starke Kommunen – starkes Land“ ausschreiben werde.

Vom 28. Oktober bis zum 4. November veranstaltet die Landesregierung erstmalig eine Woche der Demografie. „Wir wollen damit möglichst viele Akteure im ganzen Land – von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu unterschiedlichen Institutionen und Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kommunen – für die notwendige Gestaltung des demografischen Wandels sensibilisieren und zum aktiven Mitgestalten motivieren. Außerdem sollen diese von den bereits vorhandenen guten Beispielen im Land lernen können“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Weitere Informationen zum Thema im Internet unter www.demografie.rlp.de.



Den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy, empfing Ministerpräsidentin Malu Dreyer in der Staatskanzlei.

Foto: Alexander Sell

Deutsch-amerikanische Freundschaft tief verwurzelt

Ministerpräsidentin Dreyer traf US-Botschafter Murphy

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat sich mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy, zu einem Gespräch in der Staatskanzlei getroffen. Die Ministerpräsidentin und der Botschafter bekräftigten, dass die Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Amerika eng und freundschaftlich seien. „Sie können sich darauf verlassen, dass Rheinland-Pfalz ein verlässlicher Partner bleibt und die deutsch-amerikanische Freundschaft bei den Menschen im Land tief verwurzelt ist“, sagte Dreyer.

Die Ministerpräsidentin bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit den US-Streitkräften und die transparente Informationspolitik im Rahmen der bestehenden Arbeitskontakte. Dies komme gerade beim Neubau des US-Hospitals in Weilerbach zum Tragen. „Die Landesregierung ist sehr froh darüber, dass dieses für die US-Streitkräfte so bedeutende Krankenhaus seinen Standort auch weiter in Rheinland-

Pfalz hat“, betonte die Ministerpräsidentin.

Vielfältig seien auch die kulturellen Verbindungen. Es gebe 71 Schulpartnerschaften, mehrere Hochschul- und Forschungsk Kooperationen sowie die seit 1997 bestehende Partnerschaft mit South Carolina, die mit der für Oktober 2013 geplanten Transatlantischen Konferenz einen besonderen Impuls bekommen werde.

Angesprochen wurden bei dem Treffen, an dem ebenso die Chefin der Staatskanzlei, Staatssekretärin Jacqueline Kraege und der amerikanische Generalkonsul Kevin C. Miles teilnahmen, auch die wirtschaftlichen Beziehungen. So beträgt das gesamte Handelsvolumen knapp sieben Milliarden Euro im Jahr 2012, eine Steigerung von 11 Prozent gegenüber 2011. In Bezug auf Opel äußerte Ministerpräsidentin Dreyer die Überzeugung, dass mit dem finanziellen Engagement von General Motors nun ein tragbares Zukunftskonzept für den Autohersteller möglich sei.

17 Millionen Euro für die Dorferneuerung

Innenminister Lewentz hat 20 Ortsgemeinden als Schwerpunkte anerkannt

Innenminister Roger Lewentz hat im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms 2013 insgesamt 20 Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz als Schwerpunktgemeinden anerkannt. Ab dem Programmjahr 2013 werden insgesamt 134 Dörfer von einer Schwerpunktankennung profitieren. „Rund 17 Millionen Euro stehen in diesem Jahr zur Förderung von Dorferneuerungsmaßnahmen zur Verfügung. Mit dieser Summe kann einiges bewegt werden“, betonte Lewentz.

Der Minister hat die Anerkennungs-schreiben im Rahmen einer Informationsveranstaltung in Mainz den Vertretern der Gemeinden überreicht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden anhand praxisorientierter Beispiele der Dorferneuerungsgemeinde Eppelsheim aus dem Landkreis Alzey-Worms (Schwerpunktgemeinde von 2005 bis 2010), einem Vortrag zum Thema „Beispielhafte Initiativen und Aktivitäten im Rahmen der Dorfmoderation“ und einer Ausstellung der Gemeinden Fischbach und Ludwigswinkel (Europäische Dorferneuerungspreissträger 2012) über die Chancen und Möglichkeiten einer Schwerpunktankennung informiert.

Die Anerkennung als Schwerpunkt-gemeinde erfolgt auf die Dauer von sechs Jahren. Während dieser Zeit kann in den Gemeinden im Rahmen der Dorfmoderation ein umfassender Beteiligungsprozess in Gang gesetzt und ein zukunftsbeständiges Leitbild entwickelt werden. Ebenso steht für die Stärkung der Innenentwicklung eine qualifizierte Bauberatung für private und öffentliche Bauherren zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser breit angelegten Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit sind elementarer Bestandteil des zu erarbeitenden Entwicklungskonzeptes.

„Da die Durchführung einer Dorfmoderation, einer kostenfreien Baube-

ratung und die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes von grundsätzlicher Bedeutung für die Dorferneuerung sind, wurden deren Fördermöglichkeiten bereits im Jahr 2009 nochmals deutlich verbessert“, informierte Lewentz. Dies treffe auch für die interkommunale Zusammenarbeit in der Dorferneuerung zu, dessen Fördermöglichkeiten ebenfalls seit dem 1. Januar 2011 verbessert wurden.

Als Schwerpunktgemeinden 2013 werden anerkannt: Ortsgemeinden Albig und Alsheim, Landkreis Alzey-Worms; Altenglan Ortsteil (OT) Mühlbach, Landkreis Kusel; Hahnstätten, Rhein-Lahn-Kreis; Hatzenport, Landkreis Mayen-Koblenz; Horn, Rhein-Hunsrück-Kreis; Hüffelsheim, Landkreis Bad Kreuznach; Kindsbach, Landkreis Kaiserslautern; Mertesdorf, Landkreis Trier-Saarburg; Neunkirchen, Landkreis Kusel; Norheim, Landkreis Bad Kreuznach; Oberdreis, Landkreis Neuwied; Rohrbach und Roschbach, Landkreis Südliche Weinstraße; Rüschel, Landkreis Neuwied; Rüssingen, Donnersbergkreis; Ruschberg, Landkreis Birkenfeld; Stadt Saarburg, Stadtteil Kahren, Landkreis Trier-Saarburg; Sessenbach, Westerwaldkreis; Weingarten, Landkreis Germersheim.

Mit der Anerkennung als Schwerpunkt-gemeinde sei eine Art Selbstverpflichtung verbunden, sich der Dorferneuerung im besonderen Maße anzunehmen, erläuterte Lewentz. „Nur wer mitbestimmen und mitgestalten darf, identifiziert sich mit der geleisteten Arbeit und übernimmt Verantwortung“, sagte der Minister. Diese Akzentuierung der Dorferneuerung sei in besonderem Maße dazu geeignet, den Wohnstandort Dorf noch attraktiver und lebensfähiger zu gestalten. Schwerpunkte der Dorferneuerung seien struktur- und funktionsverbessernde Maßnahmen, die zur Stärkung und Wiederbelebung der Ortskerne beitra-

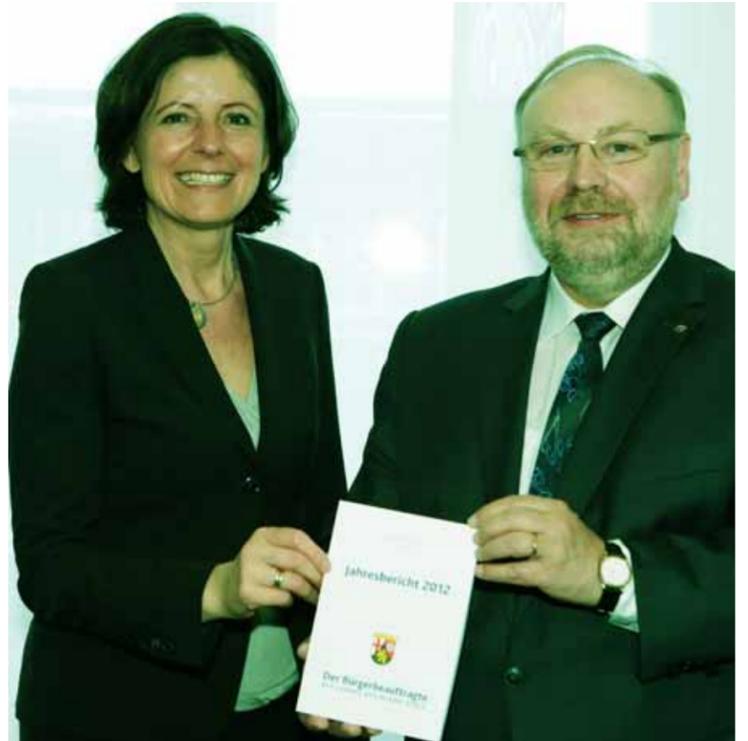
gen und damit die unverwechselbare Siedlungs- und Kulturlandschaft erhalten. Dazu zählen insbesondere auch Maßnahmen, die einer Grundversorgungssicherung und der sozialen Daseinsvorsorge im Dorf dienen.

Fast 90 Prozent der Gemeinden im Land hätten weniger als 2000 Einwohner und seien dem ländlichen Raum zuzurechnen. Mittlerweile hätten rund 80 Prozent der Gemeinden ein Dorferneuerungskonzept erarbeitet. „Erfreulich ist dabei die Bereitschaft der Gemeinden, ihre Konzepte fortzuschreiben und der aktuellen Entwicklung und Veränderungen anzupassen. Die Dorferneuerung hat sich zu einer der größten Bürgerinitiativen des Landes entwickelt“, so der Minister weiter.

Allein im Programmjahr 2012 seien in der Dorferneuerung 45 Dorfmoderationen mit einer Gesamtzusammenfassung in Höhe von rund 490 000 Euro gefördert worden, betonte der Minister. Insgesamt 179 öffentliche und 1125 private Maßnahmen wurden durch die Dorferneuerung unterstützt. Mit der Gesamtfördersumme in Höhe von 19,3 Millionen Euro sind Investitionen in Höhe von 106 Millionen Euro ausgelöst worden.

„Das ist ein klarer Beleg auch für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Dorferneuerung“, sagte Lewentz. Gerade kleinere orts- bzw. regionsansässige Handwerks- und Gewerbebetriebe würden von diesen vielfältigen und qualitativ anspruchsvolleren Arbeiten der Dorferneuerung profitieren.

„Die Dorferneuerungsprojekte wurden allesamt auf der Grundlage eines Konzeptes zur Stärkung der Innenentwicklung unserer Dörfer gefördert“, sagte der Minister. Bei vielen privaten Maßnahmen handele es sich um Umnutzungsmaßnahmen leerstehender Bausubstanz, die insbesondere der kostengünstigen Wohnraumschaffung junger Familien im Ortskern diene.



Den Bericht des rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten Dieter Burgard hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer jetzt entgegengenommen. „Das Amt des Bürgerbeauftragten ist für die Gesellschaft sehr wichtig. Er ist ein Vermittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung und festigt damit unsere Demokratie“, sagte die Ministerpräsidentin bei dem Gespräch in der Staatskanzlei. Den regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem Bürgerbeauftragten bezeichnete Dreyer als sehr hilfreich, insbesondere um Hinweise zu bekommen, wo die Arbeit der Verwaltungen in Rheinland-Pfalz weiter verbessert werden könne. „In diesem Sinne wird die Landesregierung auch den Jahresbericht 2012 sorgfältig auswerten“, sagte Ministerpräsidentin Dreyer.

Foto: Melanie Bauer

Kurt Beck wurde feierlich aus der ZIRP verabschiedet

Suckale und Dreyer würdigten Ministerpräsidenten a.D.

„Sie haben 18 Jahre lang mit Ihrem besonderen Engagement für Beständigkeit und Innovation zugleich in der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz gesorgt“, würdigte die ZIRP-Vorstandsvorsitzende Margret Suckale, Mitglied des Vorstands der BASF SE, Ministerpräsident a.D. Kurt Beck. Gemeinsam mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Mitgliedern der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) verabschiedete sie den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden im Rahmen eines Empfangs im Landesmuseum Mainz.

Dass die ZIRP schon so lange bestünde und sich zu einem wichtigen Netzwerk entwickelt habe, sei das Verdienst von Kurt Beck, so Suckale. Denn die Initiative lebe seit ihrer Gründung vor 20 Jahren auch maßgeblich von der Mitwirkung der Landesregierung.

Er habe an der Spitze der Landesregierung mit der ZIRP wichtige Themen aufgegriffen und außergewöhnliche Persönlichkeiten als Gäste in Rheinland-Pfalz begrüßen können, würdigte Malu Dreyer das Engagement von Kurt Beck in der ZIRP. Sie erinnerte an das ZIRP-Leitprojekt „Zukunftsradar 2030“ mit den Megathemen Demographischer Wandel und Energievisionen für Rheinland-Pfalz. Sie hob auch den Besuch zweier Bundespräsidenten hervor: 2007 Horst Köhler in seiner Funktion als Schirmherr des ZIRP-Zukunftspreises und 2012 Joachim Gauck bei seinem Antrittsbesuch in Rheinland-Pfalz.

„Wir gehen von einem Gesellschaftsverständnis aus, in dem die Politik mehr als bisher für Transparenz und Beteiligung steht und in dem Unternehmen die soziale und kulturelle Standortqualität enorm prägen. Die ZIRP nimmt hier eine wichtige Rolle ein. Ich danke Dir, lieber Kurt Beck, dass Du wegbereitend und prägend warst für die öffentliche Diskussion re-



Ministerpräsident a.D. Kurt Beck

levanten Zukunftsfragen in der ZIRP“, erklärte Malu Dreyer.

Das Bekenntnis der Landesregierung zu dieser öffentlich-privaten Institution, wie sie die ZIRP seit mehr als 20 Jahren darstelle, führe sie als Ministerpräsidentin gerne fort. Die ZIRP erlaube es der Politik, sich von den Anforderungen und Aufgaben des Tagesgeschäftes zu lösen und den Blick zu weiten auf die großen Linien. Jenseits von Legislaturperioden und Gesetzgebungsprozessen sei die ZIRP die Rahmenhandlung, um in Offenheit und mit versammeltem Sachverstand die großen Fragen der Zukunft zu diskutieren.

„Wir haben immer den unkomplizierten Rahmen und den direkten Zugang zueinander geschätzt“, resümierte Suckale das Miteinander von Wirtschaft und Politik in der ZIRP und betonte besonders die Offenheit des scheidenden stellvertretenden ZIRP-Vorstandsvorsitzenden. Die Atmosphäre des aufeinander Zugehens der Meinungsführer aus Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik sei ganz wesentlich durch Kurt Beck's Integrationskraft geprägt worden.



Innenminister Roger Lewentz hat im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms 2013 insgesamt 20 Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz als Schwerpunktgemeinden anerkannt und den Vertretern der Gemeinden die Anerkennungs-schreiben in Mainz überreicht.

Windparks sollen konzentriert werden

Ministerin Eveline Lemke: „Keine Standorte in sensiblen Natur- und Kulturräumen“

Das Kabinett hat jetzt die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) beschlossen und damit den Rahmen für einen raum- und umweltverträglichen Ausbau gesetzt.

„Die Landesregierung verordnet hiermit keine Windkraft, sondern zeigt Möglichkeiten auf, wo diese umsetzbar wäre: Dort, wo die Bürger sie mehrheitlich nicht wollen, wird es sie nicht geben. 94 Prozent der Landesfläche kommen ohnehin nicht für Windenergienutzung infrage, weil sie nicht genehmigungsfähig oder weniger geeignet sind. Die regionalen Planungsgemeinschaften sind unter anderem über die Festlegung von Vorranggebieten weiterhin eingebunden“, sagt Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke.

Rheinland-Pfalz plant, bis 2030 bilanziell 100 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Quellen zu decken. Bis 2020 soll die Stromerzeugung aus der Windkraft vervierfacht werden auf 8,4 Terawattstunden (2011 2,1 Terawattstunden) und der Beitrag der Photovoltaik auf über zwei Terawattstunden (2011 0,94 Terawattstunden) steigen.

„Konzentriert und an windstarken Standorten, aber keinesfalls in sensiblen Naturräumen oder dort, wo Kulturdenkmäler zu schützen sind, sollen für die Energiewende auch neue Windparks entstehen, so Ministerin Lemke. Durch die erstmalige detaillierte Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Landesplanung erfolge eine stärkere landeseinheitliche Steuerung als vorher. „Das Land setzt den Rahmen für die Zukunftsplanung mit Erneuerbaren Energien und vereint diese mit Natur- und Klimaschutz“, so Lemke.

Die regionalen Planungsgemeinschaften müssen nun binnen 18 Monaten ihre Regionalpläne an den Rahmen, den das LEP IV vorgibt, anpassen. Dabei müssen sie Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie festlegen und auch die Ausschlussgebiete. Außerdem müssen sie in den bedeutenden historischen Kulturlandschaften und in einem circa 6 Kilometer breiten Korridor entlang des Haardtandes diejenigen Gebiete konkretisieren, in denen Windenergieanlagen auszuschließen sind. Außerhalb der Vorrang- und Ausschlussgebiete können die Kommunen planen.

„Wir haben die Voraussetzung ge-

schaffen, dass die Gemeinden im Rahmen des geltenden Rechts und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger festlegen, ob und wie sie Windenergie nutzen wollen“, betont Lemke. „Windkraftanlagen werden nur gebaut, wenn die Bürgerschaft dies mehrheitlich will. In einem demokratischen Prozess werden diese Entscheidungen dort getroffen, wo die Anlagen gebaut werden sollen. Die Verbandsgemeinden, zuständig für die Flächennutzungspläne, entscheiden, wo Windkraft hinkommt. Sie haben damit einen besonderen Gestaltungsauftrag und auch für die Befriedung vor Ort zu sorgen.“

Das aktualisierte Landesentwicklungsprogramm soll einen entscheidenden Beitrag leisten, damit die ambitionierten energiepolitischen und auf Klimaschutz weisenden Ziele der Landesregierung umgesetzt werden. „Wir brauchen die Energiewende. Für die Zukunft setzen wir auf einen Mix aus Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und auf kluges Umsteuern. Unser Ziel ist es, einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten und unsere Energieversorgung nachhaltig zu gestalten“, stellt die Wirtschafts- und Energieministerin fest.

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, 55286 Wörstadt.

Redaktion für die StaatsZeitung: Monika Fuhr (verantwortlich), Michael Maurer (Koordination), Rolf Becker.

Redaktion für Staatsanzeiger: Brigitte Hattenhauer, Gottfried Huba (verantwortlich) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –. Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91 Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stz.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 06131/164753, Fax: 0 6131/164070.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitlich rechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Fortsetzung von letzter Woche

Qualität frühkindlicher Bildung sicherstellen

Ein CDU-Antrag zielt auf einen Abbau eines Erziehermangels in den Kindertagesstätten. Die Koalition stellte dem Antrag einen Alternativantrag entgegen, der mit den Stimmen von SPD und Grünen auch verabschiedet wurde, der CDU-Vorschlag fand wie schon im Ausschuss keine Mehrheit.

Sie wisse, „dass die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindertagesstätten Großes leisten“, sagte **Simone Huth-Haage (CDU)**. Sie versuchten unter schwierigen Bedingungen die Kleinkinder bestmöglich zu betreuen und zu fördern. SPD und Grüne leugneten in der Ausschussberatung des Antrags schlichtweg die Realität, diese Reaktion „war beschämend“, kritisierte Huth-Haage. Es fehle nicht an repräsentativen Beispielen für den Erziehermangel. Dieser sei nicht von heute auf morgen über das Land gekommen, „die Landesregierung hat hier über Jahre die Entwicklung verschlafen“. In den vergangenen zehn Jahren seien Fachschulen geschlossen und Ausbildungskapazitäten heruntergefahren worden. Den nun angestrebten Aufbau neuer Fachschulen trage ihre Fraktion mit, es müssten aber strukturelle Fragen geklärt werden, so, wie die Kitas auch für andere Professionen geöffnet werden könnten. Ihre Fraktion sei mit ihrem Antrag sehr innovativ, „das kann man von ihnen nicht sagen“.



ureigene Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung seien, das Land komme dabei seiner Unterstützung nach. Das Land zahle die Personalkosten der Träger für das zusätzliche U3-Personal sowie Fort- und Weiterbildungskosten. Ausreichende Fachkräfte sollen eine Vielzahl an Maßnahmen bereitzustellen helfen. Die Kindertagespflege gleichzusetzen mit den Kindertagesstätten wäre aus Sicht der Erzieher „ein absoluter Affront“ gegenüber den gut ausgebildeten Erzieherinnen im Lande. Tagespflege sei eine gute Ergänzung, an der dreijährigen Fachschulbildung der Erzieher werde das Land aber nicht rütneln.



gespülte gesprochen“. Es stehe außer Frage, dass die verschiedenen staatlichen Ebenen beim Ausbau der Betreuung in den vergangenen Jahren eine große Kraftanstrengung unternommen haben. Die Forderungen im CDU-Antrag seien schwer nachvollziehbar. So sei der Seiteneinstieg aus anderen Berufen bereits seit 1999 möglich.

Dass die Kinderbetreuung einer der großen Schwerpunkte der Politik der Landesregierung sei, sei bekannt, sagte **Familienministerin Irene Alt (Bündnis 90/Die Grünen)**.

„Wir sind das Bundesland, das vor einigen Wochen schon mit einer Versorgungsquote von 35 Prozent für die U3-Kinder aufwarten konnte“, betonte Alt. Bis Ende des Jahres werde eine Quote von 39 Prozent angestrebt. Sie sei dankbar, dass im Nachtragshaushalt 56,6 Millionen Euro für den Ausbau eingestellt wurden. Die gute Betreuungsqualität, die in den Kitas geboten werde, sei den Teams vor Ort zu verdanken, „die Tag für Tag die Bildungsziele für unser Land und unsere Kinder umsetzen“. Sie sei in Kontakt mit der Initiative „Gute Kindertagesstätte“, ein Austausch werde bald stattfinden. Natürlich werde mehr Fachpersonal gebraucht, „aber wir haben auch sehr viel getan in den vergangenen Jahren“, verwies Alt auf den Aufbau neuer Fachschulen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Erzieherausbildung konnte seit 2009 um 70 Prozent gesteigert werden, „das ist eine sehr gute Zahl“. Neben dem quantitativen Ausbau arbeite das Land auch an einer weiteren Verbesserung der Qualität der Betreuung. Zur Kindertagespflege sei ein Änderungsentwurf für das Kindertagesstättengesetz erstellt, der im Sommer verabschiedet werden könne.



Wasserversorgung nicht privatisieren

Ein Koalitionsantrag bemüht sich die besonders auf EU-Ebene vorangetriebenen Pläne zur Privatisierung der Wasserversorgung zu stoppen. Die CDU stellte dem einen Alternativantrag entgegen.

Das Thema habe in den vergangenen Wochen und Monaten für große Diskussionen gesorgt, sagte **Nils Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen)**. Eine gute Wasserversorgung sei ein zentrales Thema einer nachhaltigen Politik. Der Antrag der Koalition setze sich deutlich gegen den Trend zu einer Privatisierung der Wasserversorgung ein. Der Richtlinienentwurf der EU befördere die schrittweise Privatisierung und beinhalte daher die Gefahr, dass den Menschen der Zugang zu einer bezahlbaren Wasserversorgung verweigert und verwehrt werde. Die Kommunen könnten auch unter dem neuen Vergaberecht noch selbst entscheiden, wie sie die Wasserversorgung sichern wollen, „aber die Bedingungen für die Vergabe der Konzessionen an kommunale Betriebe werden erheblich verschärft“. Dies sei unvereinbar mit der Subsidiarität, „deshalb lehnen wir diesen EU-Vorschlag ab“, erläuterte Wiechmann. Auf Bundesebene erfolge keine klare Ablehnung. Die CDU habe den Schritt abgelehnt. Der Bundeswirtschaftsminister dagegen votierte für die Freigabe.

Die Wasserversorgung müsse Aufgabe der öffentlichen Einrichtungen bleiben, stellte **Ralf Seekatz (CDU)** klar. Das jüngste Einlenken der Kommission sei nicht zuletzt Ergebnis der beharrlichen Bemühungen der Abgeordneten seiner Partei in Brüssel. „Wir sind auch der Auffassung, dass die bewährten Versorgungsstrukturen in Deutschland nicht zerschlagen werden sollten.“ Im EU-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sei ein CDU-Antrag zur Zurückstellung der Richtlinie nur von den Grünen unterstützt worden, bei der SPD gab es eine Für- und eine Gegenstimme. „Was nutzt es denn, wenn wir uns hier von der Grundtendenz einig sind. Ihre Abgeordneten dann aber unterschiedlich votieren?“, fragte Seekatz. Besonders die Position der deutschen Kommunen sei durch das Vorgehen der CDU-Parlamentarier in Brüssel verbessert worden. Die kollektive Daseinsfür-

sorge bleibe demnach auch künftig in öffentlicher Hand. Der CDU-Antrag spiegle die Tatsachen nach dem aktuellen Verhandlungsstand wider.

Die Gefahr, dass die Wasserversorgung in die falsche Hand gerät, müsse abgewehrt werden, sagte **Carsten Pörksen (SPD)**. Das erwarte die Bevölkerung nicht nur in Deutschland. Seit langer Zeit sei die Wasserversorgung in der Regel bei den Kommunen in öffentlicher Hand, „es herrscht eine große Zufriedenheit in der Bevölkerung darüber“. In Rheinland-Pfalz sei 2003 die Wasserversorgung als kommunale Pflichtaufgabe in das Landeswassergesetz aufgenommen worden, damals mit Zustimmung der FDP. Ob diese heute noch möglich wäre, frage er sich, „ich glaube, eher nicht“, sagte Pörksen. Ein warnendes Beispiel sei Berlin, wo die Wasserversorgung auf private Hand übertragen worden sei und schlechte Erfahrungen gemacht wurden. „Sie wollen nun Teile des Netzes zurückkaufen und werden viel Freude dabei haben“, betonte der Abgeordnete. Er wolle nicht behaupten, dass EU-Kommissar Barnier mit der vorgelegten Richtlinie die Privatisierung oder Liberalisierung vorantreiben wolle, „er stellt dies ja in Abrede“. Es sei wichtig, dass der Landtag sich damit beschäftige und klar Position beziehe.

Das Zusatzprotokoll zum Vertrag von Lissabon, in dem die EU den nationalen und lokalen Behörden eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zur Erledigung von Aufgaben zur Daseinsvorsorge zugesichert habe, werde durch die neuen Vergaberichtlinien in Frage gestellt, sagte **Verbraucherministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen)**. Somit drohe eine Privatisierung der Wasserversorgung auf indirektem Wege, denn die Dienstleistungskonzession für die Trinkwasserversorgung solle künftig dem Vergaberecht unterworfen werden. „Grundsätzlich können die Kommunen dann zwar weiterhin entscheiden, ob sie die Wasserversorgung selbst erbringen wollen. Aber Kommunen, deren Versorgung bereits teilweise oder ganz privat organisiert ist, müssen diese künftig europaweit ausschreiben“, erläuterte Höfken. Die interkommunale Zusammenarbeit werde zudem künftig erheblich erschwert.

Der Respekt vor der täglichen Leistung der Erzieher sei groß, „deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gut wie möglich setzen“, erläuterte **Bettina Brück (SPD)** den Alternativantrag der Koalition. Der CDU-Antrag enthalte eine Reihe Forderungen, die erfüllt seien oder von den Kommunen vor Ort erfüllt werden könnten, „oder die unseren Vorstellungen von Qualität widersprechen“. Vor Augen zu führen sei, dass die Kitas eine

Er habe die Debatte und die Ausschussanhörung „völlig anders erlebt als Sie“, sagte **Fred Konrad (Bündnis 90/Die Grünen)** an die Adresse von Simone Huth-Haage. Es handle sich bei ihr um ein Vorgehen, dass man Dinge in den Raum stelle, „die man durchaus ganz anders erlebt haben kann“. Dies werde dann skandalisiert, „und mit dieser skandalisierten Geschichte, die nur im eigenen Kopf stattgefunden hat wird dann der politische Gegner konfrontiert“. Er sehe dagegen in der Sache „in den meisten Punkten keinen grundlegenden Dissens“. Der CDU-Antrag fordere überwiegend Dinge, die Konsens seien, in der Umsetzung befindlich oder bereits umgesetzt seien, „bis auf die Sache mit der Kindertagespflege“. Daher hätte die CDU dieses Thema zum Hauptgegenstand ihres Antrags machen sollen, „dann hätten wir hier über die Kindertages-



350 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Nach den Auswirkungen einer möglichen Schließung des ThyssenKrupp Rasselstein-Werks in Neuwied fragten die Abgeordneten Marc Ruland und Fredi Winter (beide SPD). **Arbeitsminister Alexander Schweitzer (SPD)** befürchtete, dass der Wegfall der Rasselstein GmbH als verlässlicher Arbeitgeber in der Region Mayen-Koblenz zu einer negativen Veränderung des regionalen Arbeitsmarktes führen werde. Aufgrund der aktuellen regionalen Arbeitsmarktsituation im Bereich der Metallbranche müsse befürchtet werden, dass viele der betroffenen Mitarbeiter keine adäquate weitere Beschäftigung in der Region finden werden. Bei einer kompletten Schließung stünden alle rund 350 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Nach den der Landesregierung vorliegenden Informationen sei aber eine endgültige Entscheidung über eine Schließung des Standortes Neuwied noch nicht getroffen worden.

Nach dem aktuellen Stand des Befragungs- und Registrierungsverfahrens zur Einrichtung einer Pflegekammer im Land fragten die Abgeordneten Hedi Thelen und Adolf Kessel (beide CDU) und inwieweit der für „Anfang 2014“ genannte Zeitpunkt für den Beginn der Tätigkeit einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz korrigiert werden müsse. **Arbeitsminister Alexander Schweitzer (SPD)** berichtete von der bis zum März 2013 durchgeführten Registrierung, an der alle Pflegekräfte und Auszubildenden, die an diesem Verfahren interessiert sind, sich melden konnten. Anhand dieser Registrierung werde eine Datenbank erstellt, die als Grundlage für die eigentliche Befragung diene. Zentrales Instrument sei dabei die Homepage der Befragungs- und Registrierungsstelle.

Die Befragung sei ein Projekt, bei dem mit sensiblen, personenbezogenen Daten gearbeitet werde. Es war und sei das Bestreben der Landesregierung, so wenig aufwendig wie möglich, aber so rechtssicher wie nötig zu agieren. Da das Inkrafttreten der Novellierung des Heilberufsgesetzes zum 1. Juli 2014 und die Errichtung einer Landespflegekammer zum 1. Juli 2015 vorgesehen sei, sei es nicht nötig, einen Zeitplan in irgendeiner Weise zu korrigieren.

Für eine endgültige Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom bedürfe es eines langen Atems antwortete **Wirtschaftsstaatssekretär Uwe Hüser (Bündnis 90/Die Grünen)** auf Anfrage von Stephanie Nabinger (Bündnis 90/Die Grünen). Die Bundesregierung habe noch keine Antwort auf ein Schreiben von Wirtschaftsministerin Eveline Lemke gegeben, in dem sie um nähere Informationen gebeten habe, welche konkreten Schritte die Bundesregierung inzwischen bei der französischen Regierung bezüglich einer Stilllegung des AKW Cattenom unternommen habe. Lobend erwähnte Hüser, dass sich die luxemburgische Regierung vehement für die Abschaltung des AKW Cattenom eingesetzt habe.

Nach dem Erhalt der Ruinen des ehemaligen Westwalls als Friedensmahmal und für den Naturschutz fragten die Abgeordneten Marcel Hürter, Monika Fink, Wolfgang Schwarz und Dieter Klöckner (alle SPD). **Finanzstaatssekretär Dr. Salvatore Barbaro (SPD)** bescheinigte den Ruinen des

ehemaligen Westwalls eine hohe überregionale Bedeutung als Zeugnis deutscher Geschichte. Die noch vorhandenen Relikte seien vom Land in das Verzeichnis der Kulturdenkmäler aufgenommen worden. Darüber hinaus habe sich in den vergangenen Jahrzehnten innerhalb wie auch im Umfeld vieler Bunkerruinen eine für den Naturschutz bedeutende Flora und Fauna eingestellt. Das Land habe ein hohes Interesse an der Bewahrung und Nutzung der Ruinen, sei aber nicht Eigentümerin. Dies sei der Bund, der eher am Abriss interessiert sei. Mit dem Hintergrund eines konkreten Streites um einen Abriss von Werken im Landkreis Südliche Weinstraße wurde eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen, welches den Abriss verhinderte. Es wurde auch festgelegt, dass Landes- und Bundesregierung eine dauerhafte Lösung anstreben. Bis zu dieser Lösung sei ein Abrissmatorium vereinbart worden, wofür die Landesregierung sich ausdrücklich bei der Bundesregierung bedanke.

Bericht über Gleichstellung

Mit einem Antrag wollen SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Blick auf die Ergebnisse des ersten Bundesgleichstellungsberichtes werfen und die Landesregierung auffordern, sich im Bund und bei der Bundesregierung für das aktive Auseinandersetzen mit diesem Bericht einzusetzen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Anne Spiegel (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete den Bericht als sehr gelungen. Das mehrere hundert Seiten starke Werk enthalte die Feststellung, dass sich die Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern im Verlauf eines Lebens immer weiter verschärfen, obwohl die Bildungsabschlüsse von Frauen besser seien.

Der Bericht stamme aus dem Jahr 2011, betonte **Marlies Kohnle Gros (CDU)**. Deswegen müsse man mit den Schlussfolgerungen vorsichtiger sein, manches sei bereits passiert. Der Antrag sei nicht wirklich in die Zukunft führend, er klaube lediglich aus den Parteiprogrammen von SPD, Bündnis

90/Die Grünen und den Linken etwas zusammen.

Der Gleichstellungsbericht sei in Ordnung, es fehle lediglich die Umsetzung, sagte **Petra Elsner (SPD)**. Vieles erinnere sie fatal an Missstände, die es schon vor 100 Jahren gegeben habe. Die CDU betreibe auf Bundesebene eine Verhandlungspolitik. Gott sei Dank veränderten sich in den Ländern die Mehrheiten, sodass eine Blockadepolitik immer weniger Chancen habe.

Für eine lang angelegte Umsetzung müsse die Politik die grundlegenden Ansprüche des Bundesgleichstellungsberichts aufnehmen und zu einem widerspruchsfreien, konsistenten Gesamtplan zusammenfügen, sagte **Frauenministerin Irene Alt (Bündnis 90/Die Grünen)**. Ein angekündigter Rahmenplan der Bundesregierung liege bis heute nicht vor. Die Landesregierung werde nun einen Fragekatalog zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung richten. Ein entsprechender Berichtsantrag werde im Bundesrat eingebracht.

Hochschulen: Finanzierung sichern

Ein CDU-Antrag forderte angesichts steigender Studierendenzahlen strukturelle Verbesserungen für die rheinland-pfälzischen Hochschulen. Die Koalition sah das Papier allerdings von falschen Annahmen gespickt und lehnte ihn ab.

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz erlebten wie in den anderen Bundesländern auch derzeit einen starken Zulauf, erläuterte **Dorothea Schäfer (CDU)** den Hintergrund des Antrags ihrer Fraktion. „Allerdings in Rheinland-Pfalz, ohne dass die finanziellen Ressourcen in gleichem Verhältnis angepasst werden“. Rheinland-Pfalz halte im Ländervergleich seit Jahren die Rote Laterne. „Wir sind statistisch gesehen im vorletzten Rang, was das Verhältnis von Lehrenden zur Studierendenzahl angeht“, schilderte sie. „Wir müssen hier rauskommen, im Interesse der Hochschule dafür Sorge tragen, dass sie Rahmenbedingungen bekommen, in denen sie wettbewerbsfähig sind“, forderte Schäfer. In vielen Fällen sei die Grundfinanzierung nicht sichergestellt, der reguläre Lehr- und Forschungsbetrieb sei somit nicht ausreichend ausgestattet. Die Praxis, einen Ausgleich über kurzfristige Projektfinanzierungen zu erzielen, sei nicht Sinn und Zweck dieses Instruments. Die Hochschulen bräuchten eine solide Grundfinanzierung und Planungssicherheit. „Wir brauchen nicht einmal eine zusätzliche Finanzierung sondern eine Verbesserung der Strukturen.“ Dazu solle es Zielvereinbarungen für einen jeweils fünfjährigen Zeitraum geben. Die Mittel dazu müssten im ordentlichen Haushalt eingestellt werden.

Das Dilemma des CDU-Antrags sei auch in Schäfers Vortrag deutlich geworden, sagte **Barbara Schleicher-Rothmund (SPD)**. „Das ist ein Sammelsurium, es ist nicht gelungen eine konsistente Argumentationslinie aufzubauen“, sagte die Abgeordnete. Der Antrag habe „schon überhaupt nicht das Zeug, Finanzierungen neu zu regeln“. Er basiere auf falschen Annahmen und lande schon deshalb bei unbrauchbaren Forderungen. Entgegen der Behauptung der CDU seien die Mittel für die Hochschulen in den vergangenen Jahren angestiegen. „Da hat sich einiges getan – und das in schwierigen Zeiten.“ Die geforderten Zielvereinbarungen würden mit den Hochschulen schon lange geschlossen, „im Hochschulpaket für fünf, in der Forschungsinitiative für drei Jahre“, erläuterte

die Abgeordnete. Das Geld im Sondervermögen sei dort ordentlich eingestellt, dies empfinden auch die Hochschulpräsidenten so.

Der vorliegende Antrag der CDU sei an vielen Stellen „widersprüchlich, unkonkret und somit ein Ausdruck von politischer Konzeptionslosigkeit“, sagte **Gunther Heinisch (Bündnis 90/Die Grünen)**. Die CDU fordere eine gezielte Steuerung und gleichzeitig Freiheit für die Hochschulen. Den Hochschulpolitikern lobte die CDU als kurzfristige Antwort auf den Zulauf zu den Hochschulen. „Was wir aber wirklich brauchen sind mittel- und langfristige Lösungen um die Bildungsexpansion im Hochschulbereich auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.“ Deshalb sei es auch nicht verständlich, dass der Antrag die Verstärkung der Bund-Länder-Kooperation nur für einige ausgewählte Bereiche der Spitzenforschung zulassen wolle. Der Antrag fordere die Vorgabe einer langfristigen Strategie durch das Land wie eine größere Autonomie der Hochschulen. „Es ist daher nicht klar, ob mehr Steuerung gewünscht ist oder mehr Gestaltungsspielraum für die Hochschulen.“

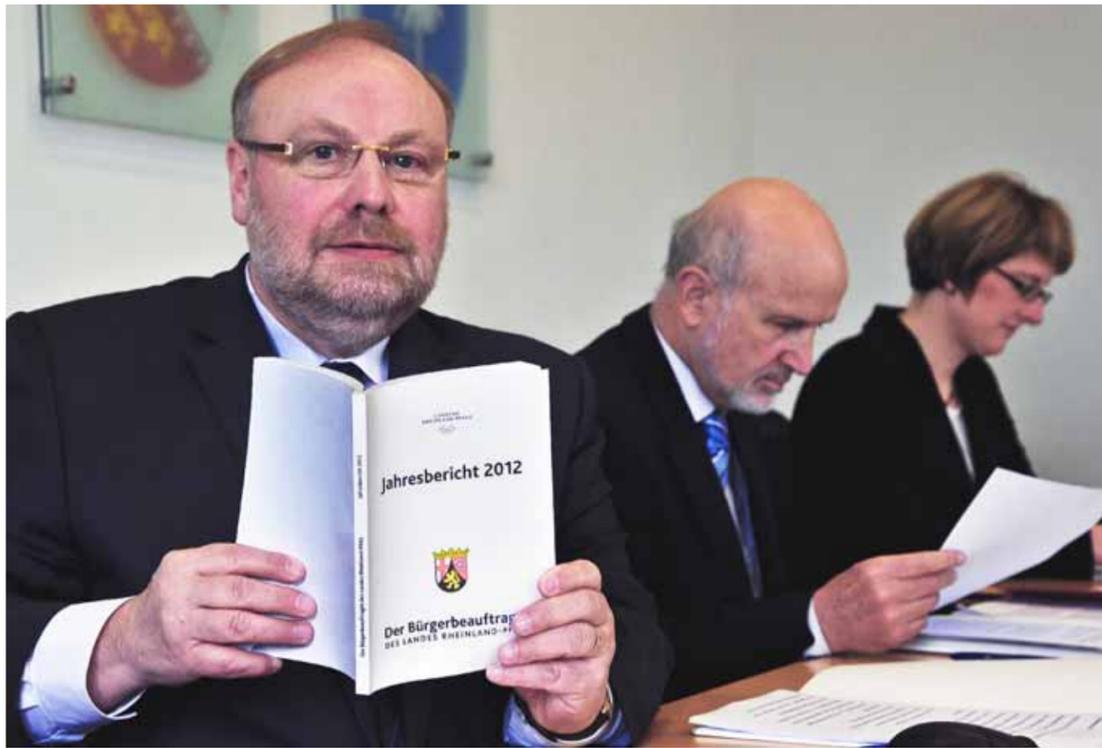
Der Antrag enthalte erneut eine Reihe nicht belegbarer Behauptungen wie jene abschmelzender Grundhaushalte, sagte **Hochschulministerin Doris Ahnen (SPD)**. Beim Durchgehen der acht Forderungen sei zu bemerken, dass es längst Zielvereinbarungen gebe, „ein Instrument, das von den Hochschulen geschätzt wird“. Den Vorschlag die Zinsen aus dem Sondervermögen einzusetzen würde sie „unendlich gerne verstehen“. Entweder die CDU habe ihn nicht mit ihren Haushaltspolitikern abgestimmt, „dann wäre das ein Problem“. Noch größer wäre das Problem allerdings, wenn sie ihn mit den Haushaltspolitikern abgestimmt hat, weil er überhaupt nicht funktioniere. „Wenn ich den Hochschulen diesen Vorschlag machen würde, würden sie sagen, jetzt dreht sie das Geld dreimal im Kreise“, sagte Ahnen. Bei den Studiengebühren sei es schon erstaunlich, dass sich überall die Gebührenfreiheit durchsetze, die rheinland-pfälzische CDU die Gebühren aber weiter einfordere. Wenn die CDU etwas Konkretes für die Hochschulen erreichen wolle, „dann stimmen Sie unserem Nachtragshaushalt zu“, forderte Ahnen die Opposition auf. LAD/STE



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 061 31/20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17



Bürgerbeauftragter Burgard zog Bilanz für 2012. Der rheinland-pfälzische Bürgerbeauftragte Dieter Burgard legte seinen Jahresbericht für 2012 vor. Darin sind Beschwerden und Eingaben von Rheinland-Pfälzern bei Ärger mit den Behörden dokumentiert. Das Amt des Bürgerbeauftragten im Land gibt es seit mehr als 35 Jahren. Seitdem wurden mehr als 100.000 Petitionen bearbeitet. Dabei kann es beispielsweise um die Dauer einzelner Gerichtsprozesse, Beschwerden von Gefängnisinsassen oder Eingaben zu Sozialleistungen wie etwa Hartz IV gehen. Foto: Klaus Benz

Bürgerbeauftragter legt Jahresbericht vor

Kritik an Kontrollen kranker Hartz-IV-Empfänger – Meiste Beschwerden von Häftlingen

Tausende Menschen haben sich auch im vergangenen Jahr beim Bürgerbeauftragten von Rheinland-Pfalz über Behörden beschwert. Die größte Gruppe bildeten Häftlinge. Sie klagten etwa über kalte Duschen und Heizungen.

Der Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz hat die Überprüfung krankgemeldeter Hartz-IV-Empfänger kritisiert. „Ein Krankenstand von 1,5 Prozent bei den ALG-II-Empfängern ist meines Erachtens sehr gering“, sagte Dieter Burgard anlässlich der Vorstellung seines Jahresberichts 2012. Er halte die vorgesehenen Maßnahmen daher für nicht angemessen. Die Jobcenter sind seit Anfang April angewiesen, bei einer Häufung von Kurzerkrankungen den Medizinischen Dienst der Krankenkassen einzuschalten.

Aufgabe des Bürgerbeauftragten ist es, Menschen zu unterstützen, die Schwierigkeiten mit einer Behörde in Rheinland-Pfalz haben. 2012 wandten

sich nahezu 4000 Menschen mit ihren Anliegen an Burgard, ein Jahr zuvor waren es knapp 4300 gewesen.

In mehr als 60 Prozent der Fälle konnte der Bürgerbeauftragte im vergangenen Jahr helfen. Die größte Gruppe bildeten mit 544 Eingaben Häftlinge. „Das ist ein Höchststand“, sagte Burgard. In zwei Gefängnissen bietet der Bürgerbeauftragte nach eigenen Worten Sprechstunden mit großer Resonanz an.

Beschwerden gab es beispielsweise, weil in einem Gebäude des Gefängnisses in Zweibrücken wiederholt das Warmwasser ausgefallen sei. Die Gefangenen hätten mehrere Tage weder heizen noch warm duschen können. Der Anstaltsleitung sei dies bekannt gewesen, sagte Burgard. Nachdem er sich eingeschaltet habe, seien die Heizungen repariert und der Energieverbrauch um die Hälfte gesenkt worden. Unverändert hoch ist laut Burgard

auch die Zahl der Eingaben im Bereich Gesundheit und Soziales. Dabei betraf die größte Teil der Beanstandungen Sozialhilfe und Hartz IV.

Die Zahl der Mitzeichner öffentlicher Petitionen ging im vergangenen Jahr erheblich zurück. Diese Sammelpetitionen hatten 2011 noch 5500 Menschen unterstützt. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 3000. Gesunken ist jedoch nur die Zahl der Unterzeichner. Die Anzahl der Petitionen dagegen blieb annähernd gleich: 2012 waren es elf, eine weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der Petenten sank laut Burgard wohl vor allem deshalb, weil 2011 Landtagswahl war. Im Wahlkampf seien viele Themen, die auch Inhalte der Petitionen waren, ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, etwa der Hochmoselübergang oder die Mittelrheinbrücke. Die Hochmoselbrücke wird nun gebaut, die Brücke an der Loreley dagegen vorerst nicht.



Der Arbeitskreis „Recht“ der CDU-Landtagsfraktion stattete dem Verfassungsgerichtshof und dem Obergericht Rheinland-Pfalz einen Besuch ab. Beim Präsidenten Dr. Lars Brocker informierten sich die Abgeordneten über die aktuelle Situation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Thema war auch der Fortgang der Justizstrukturreform. Für den Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte die CDU-Landtagsfraktion bereits in der Vergangenheit eine „Abschmelzungslösung“ anstelle der Schließung eines Gerichtsstandortes favorisiert. Wie diese unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit praktisch umgesetzt werden kann, bildete einen Schwerpunkt des Gesprächs. Im Kreis der Vorsitzenden der Senate erhielten die Parlamentarier anschließend Einblicke in die Vielfalt der Zuständigkeiten der Spruchkörper und in neuere Tendenzen der Rechtsprechung. Unser Foto zeigt v.l.n.r. die Abgeordneten: Andreas Biebricher, Dr. Axel Wilke MdL (rechtspol. Sprecher der Fraktion), Hans-Josef Bracht (Parlamentarischer Geschäftsführer), Dr. Lars Brocker (Präsident OVG und Verfassungsgerichtshof), Herbert Schneiders (Vorsitzender Rechtsausschuss im Landtag) und Bernhard Henter.

Auszeichnung für Philipp Münch

Mertes ehrt den Mainzer mit der Landesverdienstmedaille

„Ausdauernd und mit Erfolg hat sich Philipp Münch für die Gesellschaft und für unser Land engagiert“, sagte der Präsident des Landtags Joachim Mertes anlässlich der Verleihung der Landesverdienstmedaille an den 82-jährigen aus Mainz. Münch habe sich jahrzehntelang intensiv für die europäische Verständigung eingesetzt, so Mertes. Neben der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg widmete Münch seine Tatkraft auch dem Aufbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den östlichen Nachbarn.

Die Erfahrungen des Nationalsozialismus prägten den Wunsch „Nie wieder Krieg“ und begründeten die Leidenschaft von Philipp Münch für den grenzüberschreitenden Austausch. Schon bald nach dem Krieg arbeitete er für die Kulturabteilung der französischen Militärverwaltung. Später wurde er bei der Französischen Botschaft und dem Verein zur Förderung des deutsch-französischen Kulturaustausches tätig. Dazwischen lag eine Station am Institut Français in Mainz.

Das große Engagement für die Aussöhnung mit den französischen Nachbarn zeigt auch die Tätigkeit von Philipp Münch in der Deutsch-Fran-

zösischen Gesellschaft Mainz und im späteren Freundschaftskreis Mainz-Dijon. Münch gehört damit auch zu den Wegbereitern der heutigen engen Partnerschaftsbeziehung zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund.

Die Entwicklung der Beziehungen zur DDR und anderen östlichen Nachbarn lag Philipp Münch sehr am Herzen. Hierzu hatte er im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Verwaltungsleiter der renommierten Fritjof-Nansen-Akademie in Ingelheim Gelegenheit. Aus zahlreichen Studienreisen entwickelten sich persönliche Freundschaften und viele kulturelle Projekte.

Philipp Münchs Lebenswerk umfasst jedoch nicht nur die europäische Verständigung, er wirkte auch im Fotoclub Mainz und im Berufsverband Bildender Künstler. „Er hat das Mainzer Kulturleben mitgestaltet“, sagte Landtagspräsident Mertes anlässlich der Ordensverleihung. Die Stadt Mainz hat Philipp Münch bereits im Jahr 2010 für diesen Einsatz ausgezeichnet. Bis heute ist er als Fotograf tätig und organisiert immer wieder Ausstellungen. Im Landtag hat er zuletzt eine Ausstellung aus Anlass des 60. Jahrestages des Hauptstadtschlusses 1950 sowie eine Fotoausstellung Mainz-Dijon gestaltet.



Philipp Münch erhält aus den Händen von Landtagspräsident Joachim Mertes die Landesverdienstmedaille. Foto: Klaus Benz

Logistik vor Herausforderung

SPD-Abgeordnete zu Besuch bei der Modschiedler GmbH

„Gleiche und faire Bedingungen im europäischen Logistik-Markt herzustellen, das ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre“, betonte Jens Guth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, beim Besuch der Modschiedler GmbH in Bobenheim-Roxheim. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz durch Logistikunternehmen aus Osteuropa werde gerade die rheinland-pfälzische Logistikbranche vor große Herausforderungen gestellt.

Gemeinsam mit Geschäftsführer Roland Modschiedler, Heiko Nagel (Geschäftsführer Verband des Verkehrsgebietes Rheinhessen-Pfalz e.V.) und weiteren Vertretern der mittelständischen Logistikbranche aus der Region diskutierten die SPD-Abgeordneten Astrid Schmitt, verkehrspolitische Sprecherin, Margit Mohr, Martin Halter und Alexander Fuhr die aktuellen Probleme und Herausforderungen der Logistik vor Ort. Diese reichen vom Mangel an qualifizierten Fachkräften über die fehlende Toleranz bei Fahrzeughöhen von Lastzügen bis hin zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Alexander Fuhr hob in diesem Zusammenhang das Bekenntnis der SPD zum vierspürigen Ausbau der B10 hervor, „der gerade für Pendler, Speditionen und die Wirtschaft insgesamt notwendig ist.“

Im Gespräch wurde vor allem die

zunehmende Konkurrenzsituation zu Speditionen- und Logistikunternehmen aus Osteuropa intensiv diskutiert, denen sich rheinland-pfälzische Logistiker gegenübersehen. Vor allem das niedrige Lohnniveau und die Nichteinhaltung von Standards ermöglichten eine Angebotsbildung, die von Logistikunternehmen aus Rheinland-Pfalz kaum bis nicht mehr zu realisieren sei. Gerade für ein mittelständisches Logistikunternehmen wie die Modschiedler GmbH, die mit rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dienstleistungen in den Bereichen Transport, Logistik und Lagerung von verpackten Gütern anbietet und darüber hinaus im Bereich Fertighauslogistik aktiv ist, stelle diese Entwicklung eine große Herausforderung dar.

Diesen Herausforderungen werde sich die SPD weiter annehmen, gerade mit Blick auf die hohe Leistungsfähigkeit der Logistik: Mit mehr als 100.000 Beschäftigten gehört die Logistik zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen in Rheinland-Pfalz, zudem liegt das Land zentral in der Mitte Europas im Schnittpunkt der großen europäischen Transportachsen. Diese Bedeutung des Standorts hob Guth zum Abschluss des Gesprächs deutlich hervor: „Industriebetriebe und damit auch die Logistik sind Basis für Wohlstand im Land, deshalb bekennen wir uns zum Industriestandort Rheinland-Pfalz.“